

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die Wirtschafts- und Finanzkrise erschüttert bekanntlich auch die jungen Demokratien in Südosteuropa. Im letzten Heft 1/2009 der Südosteuropa Mitteilungen haben wir uns bereits mit deren Auswirkungen auf den westlichen Balkan befasst. In der vorliegenden Ausgabe untersucht der Ökonom Marc Meinardus, inwiefern sich das EU-Neumitglied Bulgarien in der globalen Krise behaupten kann. Aufschlussreich ist der internationale Vergleich mit den „großen Verlierern“ der Krise: „Warum ist Bulgarien nicht Island?“, fragt der Autor. Die Antwort: Weil der bulgarische Bankensektor qualitativ hochwertig und zugleich quantitativ klein ist, weil die Banken gut kapitalisiert sind und keine Verluste mit den Derivaten der amerikanischen „Subprime Loans“ haben. Das Währungsrisiko in Bulgarien wird zudem abgefedert durch einen Währungsrat, eine Institution, die – selbst Ergebnis der fundamentalen Wirtschaftskrise von 1997 – nun Garant einer relativen Stabilität ist. Anders als Ungarn oder Rumänien ist Bulgarien weder von einer schwachen Währung bedroht, noch von drückenden Staatsschulden belastet – es erwirtschaftete im Gegenteil noch im Vorjahr einen satten Haushaltsüberschuss. Wie überall stellt sich auch in Bulgarien die Frage, wie sehr die reale Wirtschaft von der Krise getroffen wird. Rückgänge beim Wachstum, bei den ausländischen Direktinvestitionen und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit sind jedenfalls zu erwarten. Wenn Investitionen zurückgehen und der Geldfluss aus dem Ausland versiegt, könnte dies zu einem zusätzlichen Boom der ohnehin florierenden bulgarischen „Korruptionswirtschaft“ führen, so die Warnung des Autors. Populisten und Nationalisten könnten weiteren Zulauf bekommen. Doch die Krise bietet auch Chancen auf Erneuerung: Wo ausländische Investoren abziehen, könnten lokale Unternehmen die entstehenden Lücken auffüllen. Der Druck zur überfälligen Durchsetzung struktureller Reformen könnte steigen. Vielleicht geht Bulgarien am Ende geläutert aus der Krise hervor und wird gar zum „Powerhouse“ der Innovationen werden, so der optimistische Ausblick von Meinardus.

Ganz und gar nicht zuversichtlich ist die Soziologin Ilona Tomova bezüglich der Auswirkungen der Finanzkrise auf die in Bulgarien lebenden Roma. Diese Gruppe wird wohl ein weiteres Mal zu den Verlierern gehören, wenn etwa Arbeitsmigranten ihre Jobs im Ausland verlieren oder wenn bulgarische Kommunen bei sinkenden Einnahmen Sozialleistungen kürzen. Die strukturelle Benachteiligung der bulgarischen Roma beim Zugang zu Bildung und Arbeit droht weiter verschärft zu werden. – Die Analyse Tomovas ist Teil eines Schwerpunktthemas zu Roma in Südosteuropa in diesem Heft der Südosteuropa Mitteilungen. In seiner Analyse beschreibt der Roma-Experte Will Guy den Weg der südosteuropäischen Roma vom billigen Arbeitskräftereservoir in der kommunistischen Planwirtschaft zu einer zunehmend marginalisierten Randgruppe unter den neuen marktwirtschaftlichen Verhältnissen. Die wachsende Abhängigkeit der Roma von sozialen Hilfsprogrammen hat Vorurteile und Diskriminierung durch die Mehrheitsbevölkerung verstärkt. Die jüngsten Gewalteskalationen gegen Roma in Italien beispielsweise legen laut Guy die explosive Spannung offen, die sich aus der Erweiterung der EU einerseits und der

anhaltenden Exklusion der Roma andererseits ergibt. Internationale Organisationen wie Europarat, Weltbank, OSZE, u.a. haben in den letzten Jahren erfolgreich auf die Situation der Roma aufmerksam gemacht und spezielle Programme zur Inklusion der Roma entworfen, so der Sozialwissenschaftler Peter Vermeersch. Aus diesen Aktivitäten entstand jedoch kaum politische Solidarität unter den Roma selbst. Die Forderung der Roma nach Anerkennung ihrer Minderheitenrechte fand zwar Resonanz bei potenziellen Gebern, sie brachte aber nicht die Gleichstellung, auf die viele Roma gehofft hatten.

„Last not least“ befassen sich zwei Beiträge im vorliegenden Heft mit zwischenstaatlichen Beziehungen in Südosteuropa. Siniša Kušić setzt sich mit den Inhalten und Hintergründen der aktuellen slowenischen Blockade gegenüber den EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien auseinander. Eine eher harmonische Sonderbeziehung analysiert der Politologe Fahri Türk: Im Verhältnis der Türkei zu dem zentralasiatischen Staat Turkmenistan spielen kulturelle, bildungspolitische und wirtschaftliche Aspekte die tragende und fördernde Rolle.

Wir würden uns freuen, wenn wir Sie mit diesen kurzen Abrissen zu einer vertieften Lektüre unseres aktuellen Heftes motivieren könnten.

Ihre Redaktion

Hansjörg Brey

Claudia Hopf